

An die antretenden Parteien zur  
EU-Parlamentswahl 2019

[Name der Kandidatin/des Kandidaten]  
per E-Mail

Wien, 20. März 2019

## **EU - Parlamentswahl 2019**

### **Public Health - Fragen an die österreichischen SpitzenkandidatInnen für das Europäische Parlament**

Sehr geehrte/r Frau/Herr ...,

Public Health ist die Wissenschaft und die Kunst, durch die gemeinsamen Anstrengungen von Gesellschaft, Organisationen, Öffentlichkeit und Privatleben, Gemeinden und Individuen Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern sowie Krankheiten zu vermeiden und darüber hinaus in den Bereichen Versorgungsforschung, Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen oder Gestaltung von Gesundheitssystemen zu wirken.

Die Österreichische Gesellschaft Public Health (ÖGPH) ist eine unabhängige und wissenschaftliche, multi- und interdisziplinäre Fachgesellschaft, die sich für die Entwicklung nachhaltiger gesundheitsorientierter Strukturen in Gesellschaft und Politik einsetzt. Zentrales Anliegen ist dabei die Professionalisierung von Public Health durch den Ausbau und die nationale und internationale Vernetzung von Forschung, Lehre, Anwendung und Politik. Die ÖGPH ist die zentrale Plattform in Österreich für die Vernetzung verschiedener Public Health- AkteurInnen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Lebensbereichen.

Die ÖGPH beobachtet gesellschaftliche Entwicklungen und gesundheitliche Belastungen und nimmt auf Landes- und Bundesebene Stellung zu gesundheits- und versorgungsrelevanten Themen. Diese Themen sind eng verwoben mit Entwicklungen in der Europäischen Gesundheitspolitik. Vor dem Hintergrund der Europa - Wahlen im Mai 2019 interessieren uns Ihre Positionen, Sichtweisen und Pläne als EU - Spitzenkandidatin zu den nachfolgenden Fragen. Die Antworten werden auf unserer Webseite und in unserem Newsletter veröffentlicht, sowie bei unserer wissenschaftlichen Jahrestagung, die in der Woche vor der EU - Wahl stattfindet, kommuniziert.

Um unsere Publikation noch vor den anstehenden Wahlen zu ermöglichen, ersuchen wir Sie um Ihre Antwort bis zum 15. April 2019. Die Mitglieder der ÖGPH warten gespannt auf Ihre Antworten! Im Anhang der E-Mail finden Sie unseren ÖGPH-Flyer zu Ihrer Information.

Dieses Schreiben ergeht an alle antretenden Spitzenkandidaten der EU - Parlamentswahlen 2019.

Mit freundlichen Grüßen



Assoz. Prof. Priv.-Doz. Dr. Thomas Dorner, MPH

Präsident der ÖGPH für die ÖGPH

- 1) Eine Vielzahl von Einflussfaktoren auf die Gesundheit ist außerhalb des Gesundheitssystems angesiedelt bspw. in den Bereichen der Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozial-, Umwelt-, Verkehrs- oder Wirtschaftspolitik. Sie wirken auf die Gesundheit der Bevölkerung und damit auf die Lebenserwartung, die Entstehung von chronischen Beeinträchtigungen oder die Anzahl der gesunden Lebensjahre und können gesundheitliche Ungleichheiten bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen hervorrufen.
  - a. Was sind die wichtigsten 3 Investitionen auf EU-Ebene **außerhalb** des Gesundheitssektors, die in den nächsten 5 Jahren umgesetzt werden müssen, um die Anzahl der gesunden Lebensjahre in der EU zu erhöhen?
  - b. Was sind die wichtigsten 3 Investitionen auf EU-Ebene **innerhalb** des Gesundheitssektors, die in den nächsten 5 Jahren umgesetzt werden müssen, um die Anzahl der gesunden Lebensjahre in der EU zu erhöhen?
  
- 2) Laut OECD sind die Ausgaben der öffentlichen Hand für Gesundheitsförderung und Prävention europaweit niedrig.
  - a. Sollen diese Ausgaben erhöht werden und wenn ja, durch welche Maßnahmen?
  - b. Was sind die 5 wichtigsten Gesundheitsförderungs- und Primärpräventionsausgaben auf europäischer Ebene?
  - c. Durch welche Maßnahmen können Sie als EU - ParlamentarierIn eine Integration von Gesundheitsförderung und Prävention in den kurativ ausgerichteten Bereich der Krankenversorgung (z. B. Primärversorgung) unterstützen?
  
- 3) Im Gesundheitsbereich wird zunehmend eine Beteiligung von Betroffenen-/ PatientInnenorganisationen in Gesundheits-Entscheidungen angestrebt - teilweise auch realisiert. Dahinter steht auch die Erwartung, dass aus der Einbeziehung der Betroffenenperspektive und -Erfahrungen, bedarfsgerechtere, informierte Entscheidungen hervorgehen.
  - a. Wie stehen Sie zu einer stärkeren Beteiligung von PatientInnenorganisationen in gesundheitspolitische Entscheidungen?
  - b. Durch welche Maßnahmen möchten Sie zu einer verstärkten Beteiligung von Betroffenen in der EU in den nächsten 5 Jahren beitragen?
  
- 4) In Österreich und anderen EU - Ländern ist die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung schwach ausgeprägt. Viele Menschen haben Probleme, Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen, zu beurteilen und anzuwenden und sich im Gesundheitssystem zurechtzufinden.
  - a. Mit welchen Maßnahmen können Sie als EU - PalamentarierIn zu einer Verbesserung der Gesundheitskompetenz beizutragen?
  
- 5) Die positiven Effekte regelmäßiger körperlicher Aktivität sind vielfach belegt. Bewegung fördert das Wohlbefinden, stärkt die physische und psychische Gesundheit, wirkt präventiv gegen Erkrankungen und fördert soziale Kontakte und die Lebensqualität. Die Ergebnisse des 2018 veröffentlichten Österreichischen Bewegungsmonitorings zeigen, dass nur 47 % der ÖsterreicherInnen (18 bis 64 Jahre) die Mindestkriterien für gesundheitswirksame Bewegung erreichen.
  - a. Mit welchen Maßnahmen oder Interventionen können Sie als EU - SpitzenkandidatIn zu einem körperlich aktiveren Lebensstil der Bevölkerung beitragen?

- 6) Im Juni 2018 legten die GesundheitsministerInnen der EU Vorschläge zur Regulierung der Vermarktung von Lebensmitteln mit hohem Energiegehalt, gesättigten Fetten, Transfettsäuren sowie hohen Anteilen an Zucker und Salz vor. Es wurde u. a. die Beschränkung von Werbung für solche Produkte gefordert, die insbesondere dem Schutz von Kindern und der Verringerung gesundheitlicher Ungleichheiten in dieser Altersgruppe dienen sollen.
- Unterstützen Sie als EU - SpitzenkandidatIn solche Werbeverbote?
  - Mit welchen Maßnahmen können Werbeverbote in den nächsten 5 Jahren umgesetzt werden?
- 7) Impfungen bewirken einen Schutz der geimpften Person (Individualschutz). Zusätzlich bewirken viele Schutzimpfungen, dass auch nichtimmune Personen indirekt geschützt werden, weil die Verbreitung von Infektionen verhindert wird (Gemeinschafts- oder Herdenschutz). Die allgemeinen Impfquoten in Österreich und in der EU sind jedoch gering. In vielen EU-Ländern gibt es bereits eine Impfpflicht für ausgewählte Erkrankungen, in einigen Ländern ist der Besuch von öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten oder Schulen ohne Impfschutz unmöglich.
- Wie stehen Sie zu einer allgemeinen Impfpflicht in der EU für ausgewählte Erkrankungen?
  - Soll in Gemeinschaftsinstitutionen der EU wie Schulen, Kindergärten oder Betrieben verpflichtender Impfschutz für ausgewählte Erkrankungen eingeführt werden?
  - Sollen staatliche oder kommunale Unterstützungsleistungen an den Impfstatusgekoppelt werden?
- 8) In vielen europäischen Ländern gilt kein umfassendes Rauchverbot in öffentlichen Räumen und Plätzen, wie am Arbeitsplatz, in Bahnhöfen, Sportstadien, Grünanlagen oder in der Gastronomie.
- Befürworten Sie ein allgemeines Rauchverbot in öffentlichen Räumen und Einrichtungen und Anlagen der EU?
  - Mit welchen Maßnahmen könnten die öffentlichen Räume in der EU innerhalb der nächsten 5 Jahre rauchfrei sein?
- 9) Psychische Gesundheitsprobleme nehmen in allen Bevölkerungsschichten, aber gerade bei Jugendlichen EU - weit zu. Bei Jugendlichen ist Selbstmord die zweithäufigste Todesursache.
- Wie können Sie als EU - SpitzenkandidatIn zur Förderung der psychischen Gesundheit und zur Suizidprävention beitragen?
  - Was sind die 3 wichtigsten Schritte zur Umsetzung von entsprechenden Präventionsprogrammen in den nächsten 5 Jahren?
- 10) Wesentliche Determinante der Gesundheit sind auch sexuelle und geschlechtliche Identitäten. Ergebnisse von EU - weiten Umfragen haben gezeigt, dass mehr als 59 % der lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und intersexuellen (LGBTI) - Personen Gewalt aufgrund von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität erfahren, was verheerende Folgen für ihre körperliche, geistige und soziale Gesundheit hat. Außerdem wurden 10 % der LGBTI - Personen in Europa von Gesundheitspersonal persönlich diskriminiert.
- Welche Maßnahmen schlagen Sie den EU-Mitgliedstaaten vor um sicherzustellen, dass LGBTI - BürgerInnen vor Gewalt geschützt werden?
  - Welche konkreten Schritte planen Sie, um gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung von LGBTI - Personen sicherzustellen?